

Gemeinsame Erklärung

Rohstoffnutzung in Deutschland



Naturschutzbund Deutschland e.V.



Bundesverband
Baustoffe
Steine+Erden e.V.

Bundesverband Baustoffe – Steine und Erden e.V.



Industriegewerkschaft Bergbau, Chemie, Energie



Industriegewerkschaft Bauen - Agrar - Umwelt



Intakter Auwald.
In solchen ökologisch herausragenden
und zudem gefährdeten Biotopen
hat der Naturschutz Vorrang vor der
Rohstoffnutzung.



Steinbruch (oben) und Kiesgrube.
Die zunächst deutlich sichtbaren Eingriffe
in Natur und Landschaft können sich
nachweislich zu wertvollen Lebensräumen
entwickeln.



Belastbare Rahmenbedingungen geben
Investitions- und Arbeitsplatzsicherheit.
Innovative Technik reduziert die
Umweltbelastung und erfordert qualifizierte
Mitarbeiter.

Vorwort

Unter der Überschrift „Rohstoffnutzung in Deutschland“ stellt die gemeinsame Erklärung des Naturschutzbundes Deutschland e.V., des Bundesverbandes Baustoffe–Steine und Erden e.V., der Industriegewerkschaft Bergbau, Chemie, Energie und der Industriegewerkschaft Bauern-Agrar-Umwelt (NABU, BBS, IG BCE und IG BAU) einen ersten Schritt in Richtung einer Harmonisierung unterschiedlicher Zielsetzungen dar.

Rohstoffabbau in Deutschland und Naturschutz waren in den zurückliegenden Jahren „oft zwei Lager“, die sich anscheinend unvereinbar gegenüber standen.

Der Abbau von Gips, Kalkstein, Kies, Sand, Naturstein und Ton wurde einerseits fast ausschließlich unter dem Gesichtspunkt von Eingriffen in Natur und Landschaft betrachtet. Andererseits wurden die Bedenken des Naturschutzes fast immer als einäugige Blockade-Mentalität gesehen.

Naturschützer haben erkannt, dass Eingriffe in die Natur durch Rohstoffabbau nicht zwangsläufig zum Schaden der Artenvielfalt sein müssen. Oftmals ist es sogar der Fall, dass insbesondere Arten, die auf unbewachsene oder nur spärlich bewachsene Flächen oder auf Wasserflächen angewiesen sind, heute gerade auf Rohstoffabbauflächen vorkommen.

Entscheidend für das Eintreten solcher Wirkungen ist jedoch die Folgenutzung dieser Flächen. Hier gilt es, einen Kompromiss zwischen der hohen Attraktivität solcher Flächen für eine spätere Freizeitnutzung und der Bedeutung zur Erhaltung der biologischen Vielfalt in unserer Heimat zu finden.

Die Bedeutung der Abbaustätten für die heimische Flora und Fauna darf jedoch nicht darüber hinwegtäuschen, dass es auch weiterhin Probleme mit dem Abbau in wertvollen Biotopen gibt.

Rohstoffabbau ist ein wichtiger wirtschaftlicher Faktor und ein wichtiger Arbeitgeber. Beschäftigung in den Bereichen des Rohstoffabbaus und insbesondere in den nachgelagerten Industriebereichen sichert das Einkommen vieler Menschen und gibt damit soziale Sicherheit.

Vor dem Hintergrund dieser Erklärung, die auch ein Beitrag zum gegenseitigen Verständnis und zur Vertrauensbildung sein soll, hoffen wir, dass die Zahl der Konflikte zukünftig deutlich zurückgehen wird und dass die Zusammenarbeit sich für rohstoffgewinnende Betriebe, die in dieser Branche Beschäftigten und die Natur gleichermaßen positiv entwickelt.

Auf der Basis von bundesweiten Gesprächen zwischen dem Naturschutzbund Deutschland e.V., dem Bundesverband Baustoffe – Steine und Erden e.V. und der Industriegewerkschaft Bergbau, Chemie, Energie sowie der Industriegewerkschaft Bauen-Agrar-Umwelt wollen die vier Verbände durch die Gemeinsame Erklärung einen Beitrag zur „Nachhaltigen Rohstoffsicherung“ leisten.

Diese Erklärung soll eine langfristige Rohstoffsicherung in dem Sinne fördern, dass Rohstoffsicherung und -abbau, Naturschutz und soziale Entwicklung keine Gegensätze mehr sein müssen und für bisher strittige Punkte gemeinsam erarbeitete Lösungswege angestrebt werden.

Unter den Begriff „Rohstoffabbau“ wird die Gewinnung mineralischer Rohstoffe wie z. B. Gips, Kalkstein, Sand und Kies, Naturstein und Tone etc., verstanden, die üblicherweise als Gruppe der „Steine, Erden und Industrieminerale“ zusammengefasst werden.

Mineralische Rohstoffe – sinnvoll und ressourcenschonend nutzen

Natürliche mineralische Rohstoffe sind mengenmäßig weltweit die wichtigsten Rohstoffe. Sie bilden eine wesentliche Grundlage für die deutsche Wirtschaft. Da die wirtschaftliche Entwicklung auch von einer kostengünstigen, umweltverträglichen, sicheren und möglichst ortsnahen Rohstoffversorgung mitbestimmt wird, kommt der langfristigen Sicherung dieser Rohstoffe eine herausragende Bedeutung zu.

Der Abbau von Rohstoffen greift nachhaltig in den Landschaftshaushalt ein und verändert diesen. Viele Eingriffe des Rohstoffabbaus in Wasserhaushalt, Boden, Vegetation und Tierwelt können zwar nicht kurzfristig, aber insbesondere beim Trockenabbau mittel- oder langfristig wieder ausgeglichen werden. Beim Nassabbau können Eingriffe in manche Schutzgüter teilweise nicht wieder rückgängig gemacht werden. Andererseits können gerade auch durch offene Wasserflächen hochwertige Biotope entstehen.

Viele stillgelegte Abbaustätten weisen einen hohen Naturschutzwert auf. Ganz entscheidend für den Naturschutzwert ist vor allem die Art der Folgenutzung. Die Bedeutung mancher Baggerseen ist für den Arten- und Biotopschutz aufgrund einer intensiven Freizeitnutzung als gering einzustufen. Gleiches gilt für ehemalige Trockenabbauflächen. Andererseits können auch durch die Initiative der Betreiber höherwertigere Folgenutzungen im Sinne des Naturschutzes geschaffen werden. Zugleich gilt es zu bedenken, dass der Abbau selbst stets einen zeitlich begrenzten Eingriff in Natur und Landschaft darstellt.

Rekultivierungen mit dem Ziel einer bestimmten Folgenutzung bewirken im Gegensatz zu „Renaturierungen“ im Sinne der Erhaltung und Förderung einer regional- und standort-typischen biologischen Vielfalt vergleichsweise wenig. Die Festlegung der Folgenutzung sollte somit in jedem Fall einzelfallbezogen und zwischen allen Beteiligten möglichst ein-vernehmlich entschieden werden.

Konflikte schon im Vorfeld vermeiden

NABU, BBS, IG BCE und IG BAU sind sich einig, dass nur eine klare Abgrenzung und Akzeptanz der für Rohstoffabbau geeigneten Gebiete den Konflikt über den Rohstoffabbau in unserem dicht besiedelten Land lösen können. Deshalb ist grundsätzlich eine Sicherung der natürlichen Rohstoffressourcen notwendig, damit auch künftigen Generationen eine entsprechende Rohstoffbasis zur Verfügung steht. Diese Sicherung sollte anhand eines „Fachlichen Rahmenplanes Rohstoffe“, der in einem Bundesrohstoffgesetz verankert ist, erfolgen. Dieser sollte auf der Basis der Landesplanungsgesetze, der geologischen Landes-aufnahme und der Rohstoffkenntnisse der staatlichen geologischen Dienste und weiterer zuständiger Behörden sowie unter Beteiligung von Naturschutz- und Wirtschaftsverbänden und Gewerkschaften erarbeitet werden.

Aus den dort kartierten potenziellen Rohstofflagerstätten und mit Hilfe der Landesplanung sind durch Abwägung der unterschiedlichen Belange Vorranggebiete für den Rohstoffabbau zu entwickeln und Ausschlussgebiete festzulegen. Hierbei sind EU-, bundes- und landes-rechtliche Bestimmungen und Programme zu beachten. Die sich ergebenden Vorranggebiete und Ausschlussgebiete müssen klar definiert und begründet werden.

Für Abbauvorhaben ist eine ergebnisoffene Umweltverträglichkeitsprüfung (UVP) im gesetz-lichen Rahmen durchzuführen. Für jedes Abbauvorhaben ist ein Landschaftspflegerischer Begleitplan (LBP) zu erarbeiten. Die UVP sowie der LBP haben auch die Folgenutzung der abgebauten Lagerstätten mit einzuschließen.

Mögliche Zielkonflikte innerhalb verschiedener Naturschutz-Leitbilder, z. B. hinsichtlich ungestörter Auenwald-Entwicklung oder offenzuhaltender Feuchtgebiete, müssen bereits während des Planungsverfahrens offen diskutiert und entsprechend entschieden werden. Genehmigungsverfahren dürfen nicht durch eine mangelnde Abstimmung oder Zielbestim-mung zwischen Forst und Naturschutz oder innerhalb des Naturschutzes selbst verzögert werden.

Bereits im Planungsstadium sollte mit dem NABU beziehungsweise anderen anerkannten Naturschutzverbänden eine verbindliche Flächensicherung für Naturschutzzwecke und/oder eine spätere Flächenveräußerung einzelfallbezogen diskutiert werden.

Durch dezentralen Abbau

Natur und Landschaft möglichst wenig belasten

NABU, BBS, IG BCE und IG BAU sind sich darüber einig, dass eine dezentrale Versorgung der Industrie mit Rohstoffen Transportwege und damit Umweltbelastungen minimiert. Mineralische Rohstoffe sind deshalb vor allem regional zu gewinnen und zu verarbeiten. Landestypische Naturwerksteine sind gegenüber weltweiten Importen zu bevorzugen und zu fördern. Weite Transportwege sind zu vermeiden und der Transport umweltschonend abzuwickeln. Dies bedeutet, dass eine ausreichende Eigenversorgung auf möglichst kurzem Wege gesichert werden muss.

Für den BBS ist es zudem eine Selbstverständlichkeit, dass der Rohstoffabbau stets so umweltschonend wie möglich zu erfolgen hat. Natur- und Umweltschutz haben während des Abbaus und der Folgenutzung potenziell einen hohen Stellenwert, der zukünftig noch gesteigert werden soll.

Es ist einsichtig, dass während des Abbaus spontan entstehende Biotope den weiteren Fortgang des Abbaus und die in der Genehmigung festgesetzte Folgenutzung nicht stören dürfen. Allerdings ist deren längstmögliche Erhaltung und die kontinuierliche Schaffung neuer Pionierstandorte selbstverständlich. Renaturierungen werden seitens des BBS und des NABU weiter gefördert.

Behutsamer Abbau

sichert künftigen Generationen Rohstoffressourcen

Seit der UN-Konferenz für Umwelt und Entwicklung 1992 in Rio de Janeiro hat der Begriff der nachhaltigen Entwicklung weltweite Bedeutung erlangt. Leitgedanke der Nachhaltigkeit ist die Integration von Ökonomie, Ökologie und sozialen sowie entwicklungspolitischen Aspekten. Als nachhaltig gilt eine Entwicklung dann, wenn sie auf Dauer angelegt ist und den nachfolgenden Generationen vergleichbare Nutzungsmöglichkeiten hinterlässt.

Der Anteil an genehmigten und im Verfahren befindlichen Rohstoffabbauflächen der Steine- und Erdenindustrie liegt im Bundesgebiet bei 0,05 Prozent der Landesfläche. Die Bundesrepublik verfügt – geologisch gesehen – über einen bedeutenden Vorrat an abbaubaren Rohstoffen, die jedoch zu einem großen Teil aufgrund anderer konkurrierender Nutzungen nicht verfügbar sind. Rohstoffvorkommen sind standortgebunden und lassen sich naturgemäß nicht verlagern. Unbestritten ist jedoch die Tatsache, dass bei endlichen Ressourcen, wie den mineralischen Rohstoffvorkommen, der Vorrat im Laufe der Zeit auf jeden Fall kleiner wird. Nachhaltigkeit kann hierbei nur bedeuten, so schnell als möglich alternative Lösungen zu erforschen und umzusetzen und die begrenzten Vorräte so schonend wie möglich zu nutzen. Der Rohstoffabbau muss daher auf eine möglichst langfristige Nutzung ausgerichtet werden. Die Standortgebundenheit der Mineralgewinnung und die Endlichkeit der Rohstoffe sollten von allen Beteiligten bei eventuellen Nutzungskonflikten besonders berücksichtigt und beachtet werden.

Die Produktion der Rohstoffindustrie ist vom Bedarf und damit insbesondere von der Baukonjunktur abhängig. Da sich die Rohstoffindustrie als eine Bedarfsdeckungsindustrie versteht, ist die Bedarfsentwicklung die entscheidende Frage. Der konkrete zukünftige Bedarf lässt sich jedoch nicht genau abschätzen.

Der Bedarf und somit auch das Abbauvolumen sowie die Art der nachgefragten Baustoffe und Bauweisen werden von der Bauwirtschaft, öffentlichen Auftraggebern und privaten Bauherren festgelegt. Deren Nachfrage richtet sich auch nach dem Preis und der Qualität der angebotenen Rohstoffe.

Recyclingprodukte können insgesamt den Bedarf an Primärrohstoffen reduzieren, jedoch nicht vollständig ersetzen. Der Recyclinganteil liegt aufgrund verschiedener Umstände (z. B. Einschränkungen durch bestehende Normen, Nachfrage öffentlicher Auftraggeber, Diskussion um den Abfallbegriff u.v.m.) zurzeit unter 10 Prozent der benötigten Rohstoffmenge. Es ist anzustreben, wenn dies technisch und ökonomisch möglich und sinnvoll ist, Primärrohstoffe auch in größerem Umfang durch Recyclingprodukte zu ersetzen. Der NABU vertritt daneben die Auffassung, dass unsere derzeitigen Baustandards, Baustoffprodukte sowie Siedlungs- und Verkehrsplanungen dringend der Überprüfung auf Ressourcenschonung und Nachhaltigkeit bedürfen und dass verstärkt alternative Baustoffe eingesetzt werden müssen (z. B. nachwachsende Rohstoffe).

Renaturierung und Rekultivierung – immer mit Rücksicht auf die Natur

Forschungsergebnisse belegen, dass viele im Abbau befindliche Gewinnungsstätten einen hohen Wert für den Arten- und Biotopschutz haben. Die in Abbaustätten entstehenden Rohbodenstandorte können von einer Vielzahl seltener Pionierarten besiedelt werden. Je nach Ausgangssubstrat bleiben die Pionierstandorte unterschiedlich lange erhalten, da auch auf diesen Standorten die natürliche Sukzession abläuft, die in unseren Breitengraden in der Regel eine natürliche Wiederbewaldung zur Folge hat. Die einzelnen Sukzessionsstadien beinhalten eine jeweils typische Artenzusammensetzung. Die Sukzession in Abbaustätten ist zu begrüßen. Sollen Pionierstandorte dauerhaft erhalten bleiben, sind Pflegemaßnahmen früher oder später unabdingbar.

Bundesweit sind derzeit nur ca. 0,5 Prozent der Flächen als Totalreservat ausgewiesen – selbst in diesen Flächen gibt es in Teilen Eingriffe durch Jagd und Fischerei sowie Einflüsse durch randliche Entwässerungen, Düngemittleinsätze sowie durch den Eintrag von Schadstoffen inkl. Stickstoff durch die Luft. Wo immer möglich ist daher auch bei ehemaligen Rohstoff-Abbauflächen die Chance einer ungestörten Sukzession zu überprüfen, sei dies aus Gründen der Forschung, des Umweltmonitorings oder der Umweltbildung oder aus Gründen des Naturschutzes.

Das Vorkommen seltener Arten oder Biotope in betriebenen Abbaustätten darf nicht über die grundsätzliche Problematik des Eingriffs in ursprünglich wertvolle Biotope inkl. Auenstandorte hinwegtäuschen und muss jeweils im Einzelfall gesondert betrachtet werden.

NABU, BBS, IG BCE und IG BAU streben gemeinsam an, dass Projekte für gefährdete Arten wie z. B. für Uferschwalbe, Uhu und Wanderfalke, Gelbbauchunke, Kammmolch und Kreuzkröte sowohl im laufenden Betrieb durchgeführt als auch in die Konzeptionen für die Folgenutzung miteinbezogen werden.

Der Renaturierung ist aus Sicht des Naturschutzes Vorrang einzuräumen. Im Falle einer land- oder forstwirtschaftlichen Rekultivierung sind besonders naturverträgliche Folgenutzungen anzustreben.

Bei landwirtschaftlichen Rekultivierungen ist darauf zu achten, dass das Ertragspotenzial der Böden möglichst wieder hergestellt wird. Gleichzeitig sollte durch geeignete standortbezogene Maßnahmen (z. B. Hecken, Lesesteinhaufen, Streuobstwiesen) die Vielfalt der Landschaft wieder hergestellt oder verbessert werden.

Bei forstlichen Rekultivierungen sind Sukzessionsflächen oder Vorwaldbegründungen im Sinne eines naturnahen Waldbaus wünschenswerter als aufwändige technische Waldbaumaßnahmen. Neben der forstlichen Rekultivierung muss auch die Vermehrung von naturnahen Waldbiotopen möglich sein.

Negative Auswirkungen der Rohstoffgewinnung auf die Trinkwasserqualität sind nicht bekannt. Dennoch ist sich die Steine- und Erdenindustrie bewusst, dass die Freilegung des Grundwassers ein Potenzial für mögliche Veränderungen bedeutet, wobei nicht zwangsläufig das abbauende Unternehmen selbst für eine Verschmutzung verantwortlich ist.

Nachhaltige Rohstoffsicherung

muss auch soziale Rahmenbedingungen berücksichtigen

Eine langfristig angelegte Sicherung der Rohstoffvorkommen und deren Abbaumöglichkeit bedeutet Arbeitsplätze in der Region und damit Einkommen und Wohlstand. Dabei ist dem Arbeits- und Gesundheitsschutz ein hoher Wert beizumessen.

Einkommens- und Beschäftigungssicherung auf tarifvertraglicher Basis gewährleisten soziale Sicherheit und damit auch die höhere Bereitschaft, sich aktiv für naturschutzfachliche und landschaftspflegerische Maßnahmen einzusetzen.

Einen hohen Stellenwert nimmt auch die Qualifizierung und Weiterbildung der Arbeitnehmer ein. In der Weiterbildung muss neben den fachlich-technischen Themen auch der betriebliche Umweltschutz eine wichtige Rolle spielen.

Die Arbeitnehmer- wie auch Arbeitgeberorganisationen bieten Seminare zum betrieblichen Umweltschutz für ihre Mitglieder an und werden dies in Zukunft weiter verstärken.

Dialog und Zusammenarbeit werden fortgeführt

Die Fragen des Grundwasserschutzes, der Limnologie von Baggerseen und der Koordination der Folgenutzung, die Erhaltung naturschutzfachlich wertvoll einzustufender Lebensräume wie der Auenstandorte (z. B. bestehende und geplante Überschwemmungsgebiete), geschützter Biotop und die Entwicklung einer guten fachlichen Praxis der Rohstoffgewinnung sind zukünftig noch zu lösende, gemeinsame Aufgaben von IG BAU, IG BCE, BBS, NABU und der Politik. In den Dialog werden auch die langfristigen Entwicklungsperspektiven der rohstoffabbauenden Unternehmen und der damit einhergehenden Beschäftigung aufgenommen.

Da Rohstoffvorkommen endliche Ressourcen darstellen, ist die Frage der Bedarfsentwicklung von entscheidendem Einfluss. Der NABU schlägt deshalb zur Bedarfsdämpfung eine Rohstoffabgabe auch für Importe als finanzielles Steuerungsinstrument vor. Die Einnahmen sollen in einen Natur- und Umweltschutzfonds einfließen, dessen Gelder für Maßnahmen in den von den Abbaustätten betroffenen Regionen verwendet werden. Der BBS, die IG BCE und die IG BAU stehen solchen finanziellen Steuerungsinstrumenten allerdings sehr kritisch gegenüber, da sie den Unternehmen finanzielle Mittel, und damit Liquidität, entziehen, die besser direkt für Maßnahmen des Natur- und Umweltschutzes und der standortgerechten Entwicklung ausgegeben werden sollten.

Diese sowie darüber hinausgehende Probleme werden NABU, BBS, IG BCE und IG BAU in einem künftigen Dialog zu klären versuchen.

Grundsätzlich wollen NABU, BBS, IG BCE und IG BAU zukünftig zusammenarbeiten, um gemeinsam

- zur Erstellung bundesweiter landesspezifischer Konzeptionen zum Abbau und zur Verwertung mineralischer Rohstoffe mit beizutragen,
- eine möglichst dezentrale Versorgung mit umweltschonenden Transportmitteln zu erreichen,
- die Rohstoffversorgung und die Rohstoffsicherung nachhaltig zu gestalten,
- den Abbau mineralischer Rohstoffe umwelt- und ressourcenschonend unter Berücksichtigung naturschutzfachlicher Aspekte sozialverträglich durchzuführen,
- die Folgenutzung von Abbaustätten möglichst umweltverträglich und an die natürlichen Gegebenheiten angepasst zu gestalten,
- die Substitution von Primärrohstoffen durch Recyclingbaustoffe sowie durch nachwachsende Rohstoffe und die Erhöhung von Recyclingquoten insgesamt im Baustoffgewerbe voranzubringen,
- für eine langfristige Sicherung eines schonenden Rohstoffabbaus und der damit verbundenen Beschäftigungspotenziale einzutreten und
- den Dialog zwischen NABU, BBS, IG BCE und IG BAU langfristig und zukunftsweisend zu fördern, z. B. in Form lokaler Arbeitskreise, gemeinsamer Begehungen der Abbaustätten, gemeinsamen Aktionen im Sinne des Naturschutzes, gemeinsamen öffentlichen Veranstaltungen und gemeinsamen Veröffentlichungen zu entsprechenden, aktuellen Themen.

Bonn, Berlin, Hannover, Frankfurt
im September 2004



Olaf Tschimpke
Präsident
NABU



Dr. Gernot Schaefer
Präsident
BBS



Hubertus Schmoltd
Vorsitzender
IG BCE



Klaus Wiesehügel
Bundesvorsitzender
IG BAU

NABU Deutschland

Naturschutzbund Deutschland e.V.
Herbert-Rabius-Straße 26, 53225 Bonn
Tel. 02 28/40 36-0, Fax 02 28/40 36-2 00
E-Mail: nabu@nabu.de
www.nabu.de

BBS

Bundesverband Baustoffe – Steine und Erden e.V.
Kochstraße 66, 10969 Berlin
Tel. 0 30/7 26 19 99-0, Fax 0 30/7 26 19 99-12
E-Mail: info@bvbaustoffe.de
www.baustoffindustrie.de

IG BCE

Industriegewerkschaft Bergbau, Chemie, Energie
Königsworther Platz 6, 30167 Hannover
Tel. 05 11/76 31-0, Fax 05 11/76 31-713
E-Mail: presse@igbce.de
www.igbce.de

IG BAU

Industriegewerkschaft Bauen-Agrar-Umwelt
Olof-Palme-Straße 19, 60439 Frankfurt am Main
Tel. 0 69/9 57 37-0, Fax 069/9 57 37-8 00
E-Mail: bundesvorstand.vbx+xi@igbau.de
www.igbau.de

Bearbeitung und Beratung:

Waldemar Bahr, Thomas Beißwenger,
Dr. Friedrich Häfner, Klaus Kußmaul,
Wolf Müller, Helmut Opitz, Dr. Markus Rösler,
Dr. Stefan Rösler

Verlag:
Steine und Erden Service Gesellschaft SES GmbH
Gerhardt-Koch-Straße 2
73760 Ostfildern

ISBN: 3-936528-06-03